



Die Materialien im Überblick:

- S. 2–3: Asylpolitik im Konflikt – Die Auseinandersetzung:
 Welche Maßnahmen sind erforderlich?
 Differenzierte Doppelseite**

- S. 4–9: Zusatzmaterial zu verschiedenen Seiten des Hefts**

- S. 10–12: Tipps und Lösungen**



Die Auseinandersetzung: Welche Maßnahmen sind erforderlich?

In der öffentlichen Debatte werden verschiedene Positionen zum politischen Umgang mit Flucht und Asyl diskutiert. Immer häufiger geht es dabei um Vorschläge, die in erster Linie auf die Beschränkung von Zuwanderung zielen. Zu den zentralen Akteur*innen im Konflikt um die Asylpolitik zählen als erstes die politischen Parteien, hinzu kommen Verbände, zivilgesellschaftliche Gruppen und wissenschaftliche Expert*innen. Welche Interessen und Ziele verfolgen die Akteur*innen? Welche Lösungsvorschläge werden diskutiert? Wie verläuft die Auseinandersetzung? Auf den folgenden Seiten analysieren Sie die aktuelle asylpolitische Debatte, indem Sie diesen Fragen nachgehen.

Worum es in der aktuellen Asyldebatte geht

1 In der Migrationsdebatte werden viele Vorschläge gemacht, um die irreguläre Einwanderung¹ zu begrenzen. Die Bundesregierung hat einen härteren Kurs eingeschlagen, doch der Union reicht das noch nicht. Bund
5 und Länder suchen gemeinsam nach Lösungen. (...)

Migration² und Asyl³ sind in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern Dauerbrenner in der politischen Debatte. Denn bisher ist es nicht gelungen, die Migration nach Europa zu steuern. In Deutschland geht
10 es aktuell erneut um die Frage, ob und wie die Zuwanderung restriktiver⁴ gestaltet werden kann – ähnlich wie nach den Fluchtbewegungen ab 2015. (...) Die Debatte ist komplex und es gibt verschiedene Vorschläge, wie die illegale Migration begrenzt werden kann. (...)

15 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge registrierte 2023 bis einschließlich September 233.744 Erstanträge auf Asyl – das ist eine Zunahme um rund 73 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hinzu kommen rund 1,1 Millionen ukrainische Kriegsflüchtlinge, die in
20 Deutschland leben und keinen Asylantrag stellen müssen. Laut Städte- und Gemeindebund stoßen inzwischen viele Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten an ihre Grenzen.

Andererseits ist Zuwanderung für die Bundesrepublik
25 Deutschland substantiell⁵. Das betonen regelmäßig vor allem Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Forschungsinstituten, und es gibt eine ungemein große Anzahl an Beispielen für gelungene Integration. Dennoch sind derzeit die Stimmen am lautesten, die eine starke
30 Kontrolle und Reduzierung der Einwanderung fordern.

Vor diesem Hintergrund hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zuletzt ungewöhnlich deutlich positioniert: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, sagte er dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“. Das Bundeskabinett⁶ hat ein Gesetzespaket von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) verabschiedet, das mehr und schnellere Rückführungen ermöglichen soll. (...)

Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl

Das individuelle Recht auf Asyl hat in Deutschland auch
40 aus historischen Gründen einen hohen Stellenwert. Für die faktische Abschaffung dieses Rechts tritt vor allem die AfD schon länger ein. (...) Sie will die Zuwanderung drastisch begrenzen und einmal gewährtes Asyl in bestimmten Zeiträumen immer wieder überprüfen.

45 Auch in der Union gibt es inzwischen Stimmen, die die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl fordern.

(...) Grüne, SPD und Linke lehnen solche Gedankenspiele grundsätzlich ab. (...)

50 In der Debatte über die Migration nach Deutschland gibt es noch viele weitere Forderungen, um die Anzahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber hierzulande zu begrenzen. Eine davon ist, abgelehnte Asylbewerber konsequenter abzuschicken. Das hat sich die Bundesregierung nun vorgenommen.

Worum es in der aktuellen Asyldebatte geht. In: Deutschlandfunk vom 6.11.2023 (<https://www.deutschlandfunk.de/asyl-debatte-fluechtlinge-100.html#Ausgangslage> – Zugriff vom 12.4.2024).

1 irreguläre Einwanderung: Begriff für die Migration in ein Land ohne rechtliche Einreise- und Aufenthaltserlaubnis. Der Begriff wird kritisiert, weil er verdeckt, dass es für viele Menschen, die einen Antrag auf Asyl stellen möchten, keine legalen Möglichkeiten zur Einreise gibt.

2 Migration: Ein Oberbegriff dafür, wenn Menschen aus ihrer Heimat wegziehen, um an einem anderen Ort zu leben.

3 Asyl: Aufnahme und Schutz für Menschen, die verfolgt werden

4 restriktiv: einschränkend, beschränkend

5 substantiell (hier): wesentlich, entscheidend

6 das Bundeskabinett: die Bundesregierung

AUFGABEN

1. Lesen Sie den Text und klären Sie in Partner*innenarbeit unbekannte Begriffe.
2. Analysieren Sie die Debatte um die Asylpolitik und nutzen Sie dafür die Tabelle auf der nächsten Seite.
 - a) Unterstreichen Sie alle Personen oder Gruppen, die an der Debatte beteiligt sind. Tragen Sie alle Beteiligten, die Sie im Text gefunden haben, in der Tabelle in die Spalte „Akteur*innen“ ein.
 - b) Suchen Sie Informationen zu den folgenden Fragen aus dem Text heraus und ergänzen Sie die restlichen Spalten der Tabelle:
 - Wie stehen die Akteur*innen zu Zuwanderung oder zu Asyl? ► „Positionen“
 - Welche politischen Maßnahmen werden vorgeschlagen? ► „Konzepte“
 - Worin sehen die Akteur*innen das politische Problem? ► „Problemsichten“
 - Welche Ziele oder Interessen verfolgen die Akteur*innen? ► „Interessen und Ziele“
3. In Zeile 10/11 ist davon die Rede, Zuwanderung „restriktiver“ zu gestalten. Erläutern Sie, was das bedeutet. Lesen Sie hierfür die Worterklärung. Tipp: Bedenken Sie auch, welches Ziel viele Vorschläge verfolgen, die in der Debatte um Asylpolitik gemacht werden (Z. 1).



Arbeitsblatt

Akteur*innen Wer ist an der Debatte beteiligt?	Positionen Wie steht die*der Akteur*in zu Zuwanderung oder zu Asyl?	Konzepte Welche Vorschläge macht der*die Akteur*in?	Problemsichten Worin scheint der*die Akteur*in das Problem zu sehen?	Interessen und Ziele Welches Ziel oder Interesse ver- folgt der*die Akteur*in?



„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“? – Die asylpolitische Auseinandersetzung zu Beginn der 1990er Jahre

Politische Probleme haben in der Regel einen historischen Vorlauf. Auf dieser Seite beschäftigen Sie sich mit dem sogenannten „Asylkompromiss“ von 1992/1993 und dem politischen Prozess, der dieser Änderung des Asylrechts vorausgegangen war. Die damalige Neuregelung hat die Möglichkeiten eingeschränkt, sich in Deutschland erfolgreich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen und wirkt bis heute. Wodurch war die Auseinandersetzung darum gekennzeichnet? Welche Zusammenhänge zur heutigen asylpolitischen Debatte lassen sich erkennen?

Rechtliche Rahmenbedingungen

- **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949:
Artikel 16
(2) (...) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
- **Genfer Flüchtlingskonvention** (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge) der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951:
Artikel 33
(1) Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.
- **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948:
Artikel 14
(1) Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

Der Asylkompromiss von 1992: Kampf um Artikel 16

1 Der Artikel 16 des Grundgesetzes spielt in allen Diskussionen zur aktuellen Flüchtlings- und Asylpolitik eine zentrale Rolle. Vor 25 Jahren wurde er durch Ausschlusskriterien ergänzt. Die sogenannte Drittstaatenregelung
5 war geboren. Vorausgegangen waren schwere fremdenfeindliche Ausschreitungen.
(...) „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Von diesem Recht auf Asyl machen Anfang der 1990er-Jahre immer mehr Menschen Gebrauch. Jährlich steigen die
10 Zahlen rapide. 1992 sind es schließlich fast 440.000 Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Die meisten geben die Balkankrise als Fluchtgrund an. Die Jugoslawienkriege sorgen dafür, dass das Land zerfällt. Jeder vierte Flüchtling stammt von dort. Und in Deutschland
15 werden Sprüche laut: „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ (...) Die Tagesschau am 23. August 1992: „Guten Abend meine Damen und Herren. Vor dem zentralen Aufnahmeheim für Asylsuchende in Rostock ist es gestern zu schweren ausländerfeindlichen
20 Krawallen gekommen. Rechtsextremisten lieferten sich stundenlang eine Straßenschlacht mit der Polizei.“ (...) Rostock ist einer der bitteren fremdenfeindlichen Höhepunkte im wiedervereinigten Deutschland der frühen 90er-Jahre. In Hoyerswerda wird bereits im September
25 1991 eine Asylunterkunft mit Molotow-Cocktails beworfen. 32 Menschen werden verletzt. In Hünxe zünden einen Monat später Skinheads ein Asylbewerberheim an. Zwei Mädchen aus dem Libanon erleiden schwere Brandwunden. Die Ausschreitungen in Rostock dauern

30 unendlich erscheinende vier Tage. In anderen Teilen Deutschlands werden Menschenrechtler aktiv. Claus Ulrich Pröbß, heute Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates, hat sich damals so manche Nacht um die Ohren geschlagen. „Ich weiß noch gut, wir haben
35 beispielsweise in Köln eine Aktion gestartet, Flüchtlingsheime nachts zu schützen und haben einen Nachtdienst organisiert, nachts zu den Flüchtlingsheimen zu gehen und zu gucken, dass hier keine Anschläge passieren.“ Und im Bundestag entbrennt eine Debatte um die
40 Verschärfung des Asylrechts.
(...) Die Union war bereits in den Jahren zuvor immer wieder für Änderungen im Asylrecht eingetreten. (...) Gesetze werden verschärft, zum Beispiel was die
45 Arbeiterlaubnis für Asylsuchende angeht. Trotzdem kommen immer mehr Menschen nach Deutschland. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, die beide am 5. April 1992 stattfinden, werden Republikaner bzw. die rechtsextreme DVU drittstärkste Kraft in den jeweiligen Parlamenten.
50 Die CDU reagiert auf den Rechtsruck, indem sie eine weitere Verschärfung ihrer Flüchtlingspolitik plant. Dafür will sie sogar das Grundgesetz antasten.
(...) Hans Eichel, 1992 Ministerpräsident der SPD in Hessen, (...) macht der Bundesregierung den Vorwurf,
55 die Asylproblematik vorangetrieben zu haben. „Man wollte die Verschärfung des Asylrechts, aber man hat den Druck dadurch ordentlich erhöht, dass die Verfahren einfach verschleppt wurden, das war unglaublich, was da auf Bundeseite passiert ist und dadurch ist das
60 Thema erst so richtig hochgekocht.“



(...) Der Streit um die Frage, wer hat wann nicht genügend Personal bereitgestellt, um die Asylanträge zu bearbeiten, und Menschen zu versorgen, führt letztendlich zu nichts. Es gibt keine konkrete Klärung. Gleichzeitig steigt der Druck aus den Städten und Gemeinden, auch auf die SPD, auch wegen der Versorgungskosten. Bis dann SPD-Chef Björn Engholm einen Kurswechsel einläutet: „Ich meine, wir müssen uns um die Stabilität Deutschlands, das bisher zu den stabilsten Ländern Europas und der Welt gehört hat, erstmals seit langer Zeit wieder ernsthaft Sorgen machen. Das hat auch mit den fundamentalen Umbrüchen zu tun, die nach neuer Orientierung verlangen.“

Ein Asylkompromiss soll geschlossen werden, um Artikel 16 zu erweitern. Vorgesehen ist unter anderem die Regelung, dass alle, die über ein EU-Land oder ein anderes Nachbarland in Deutschland einreisen, hier keinen Anspruch auf Asyl haben sollen: die später so genannte „Drittstaatenregelung“. Außerdem sollen Flüchtlinge aus, wie es heißt, „sicheren Herkunftsstaaten“ per se keinen Anspruch auf Asyl besitzen. Kritik an dieser Novellierung kommt nicht nur vom Flüchtlingshilfswerk UNHCR und vom Zentralrat der Juden. SPD-Mitglieder wie Günter Grass geben ihr Parteibuch zurück (...).
Trotz aller Gegenargumente verständigen sich am 6. Dezember 1992 Vertreter von CDU/CSU, SPD und FDP nach zähen Verhandlungen auf den Asylkompromiss. Also: Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz. (...) Im Winter 1992 sind viele Städte in Deutschland erleuchtet durch Lichterketten des Protestes. Ein halbes Jahr später, am 26. Mai 1993, steht der Asylkompromiss mit all seinen Einschränkungen für Asylbewerber im Bundestag zur Abstimmung. Begleitet wird diese Abstimmung von diversen Demonstrationen.

Irene Geuer: Der Asylkompromiss von 1992. Kampf um Artikel 16. In: Deutschlandfunk vom 5.12.2017 (<https://www.deutschlandfunk.de/der-asylkompromiss-von-1992-kampf-um-artikel-100.html>) – Zugriff vom 20.9.2024).



Demonstration gegen die rechtsradikalen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und für das Asylrecht, Essen 1992

26. Mai 1993: Bundestag ändert Asylrecht

Die für Verfassungsänderungen notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit ist schon zu Beginn der Debatte gesichert: Die SPD hat sich schon zuvor mit der schwarz-gelben Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) auf den so genannten Asylkompromiss geeinigt. Die Vorlage wird denn auch mit 521 zu 132 Stimmen angenommen.

In der Neufassung des Grundgesetzartikels 16 bleibt das Asylrecht für politisch Verfolgte zwar erhalten. Asyl erhält jedoch nicht, wer aus einem als verfolgungsfrei eingestuftem Herkunftsland stammt oder über einen so genannten sicheren Drittstaat in die Bundesrepublik einreist. Als „sichere Drittstaaten“ gelten alle Nachbarländer Deutschlands. Ein Asylbewerber, der aus diesen Staaten einreist, kann nach einem verkürzten Verfahren abgeschoben werden. Zu den Neuerungen gehört auch die „Flughafenregelung“: Der Transitbereich eines Flughafens gilt als extraterritoriales Gebiet. Hier kann das Asylverfahren schon vor der Einreise durchgeführt werden.

26. Mai 1993 – Bundestag ändert Asylrecht. In: WDR vom 26.5.2008 (<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag5800.html>) – Zugriff vom 20.9.2024).

AUFGABEN

1. Beschreiben Sie die Debatte, die Anfang der 1990er Jahre in Deutschland um das Asylrecht geführt wurde und arbeiten sie das politische Problem heraus.
2. Vergleichen Sie die damalige Situation und Auseinandersetzung mit der heutigen. Analysieren Sie, worin die wesentlichen Unterschiede zum heutigen Konflikt bestehen.
3. Arbeiten Sie den Kern der Grundrechtsänderung von 1993 heraus und diskutieren Sie diese auch im Hinblick auf die Folgen für die aktuelle Situation.



(Wie) kann man Migration politisch steuern?

Wissenschaftler über Migration: „Hundertprozentige Steuerung kann nicht funktionieren“

Hannes Schammann ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Migrationspolitik an der Universität Hildesheim. Zuvor hat er in Integrationsprojekten und als migrationspolitischer Referent gearbeitet.

1 tagesschau.de: In Deutschland hört man aus vielen Kommunen, sie seien am Limit. Es mangelt nicht nur an Unterkünften, sondern auch an Plätzen in Schulen und Kitas. Kennen Sie noch Kommunen, die noch
5 Kapazitäten haben?

Hannes Schammann: Wir sehen, dass eigentlich nahezu überall die Lage angespannt ist. Aber es gibt Unterschiede im Grad der Anspannung: Einige Kommunen haben gut vorgesorgt, sie haben flexible Unterbringungskonzepte erarbeitet, in der Zeit, als die Zahl der ankommenden Menschen niedrig war. Aber Sie sagen ja richtig, es geht nicht nur um Unterbringung, es geht darüber hinaus um Kita-Plätze und ähnliches. Und da trifft die Zuwanderung auf ein ohnehin schon marodes System. Das merken wir
15 schon sehr deutlich in den meisten Kommunen. Wir müssen in Zukunft also lernen, effizienter zu werden.

tagesschau.de: Wie können Kommunen denn effizienter werden?

Schammann: Vor Ort muss man schauen, dass man in flexiblen Konzepten die Schwankungen der ankommenden Flüchtlinge zu den Unterbringungen zur Integration mitdenkt. Und wir müssen an einer besseren Verteilung arbeiten. Wo gibt es gerade noch freie Unterkünfte? Wo passen die Menschen, die hier ankommen, mit ihren Fähigkeiten
25 am besten hin? Wir müssen Menschen von Vorhinein an die Orte bringen, wo sie sich möglichst einbringen können. Sie können dann zügig Teil des Arbeitsmarktes werden. (...)

tagesschau.de: Einigen Parteien gehen die Pläne von Innenministerin Nancy Faeser nicht weit genug. Unter anderem fordern die CSU, Teile der CDU und auch die FDP, dass Asylsuchende statt Geld Sachleistungen erhalten sollen, um Anreize zur Migration zu senken. Kann das gelingen?

Schammann: Es gibt diese Sachleistungen ja bereits –
35 und zwar in unterschiedlicher Intensität in den Bundesländern. Wir können dort, wo es Sachleistungen statt Geld gibt, keine nennenswerten Unterschiede feststellen. Wir sehen nur, dass Sachleistungen erheblichen bürokratischen Aufwand verursachen. Irgendjemand muss Essen oder Kleidung schließlich einkaufen und an die Geflüchteten ausgeben. Generell halte ich wenig von der Instrumentalisierung von Sozialleistungen als Anreiz, egal in welche Richtung. Die wenigen Studien, die es dazu gibt, legen nahe, dass man sich davon nicht zu viel
45 versprechen sollte.

tagesschau.de: Welche Anreize gibt es denn, die Flüchtlinge an bestimmte Orte ziehen?

Schammann: Die Anreize, die wissenschaftlich belegt sind, sind Familie oder enge Freunde. Flüchtlinge erhoffen

50 sich durch ein Netzwerk gut in der Gesellschaft anzukommen, leichter eine Unterkunft oder Arbeit zu finden. (...)

tagesschau.de: Familie und Freunde wiegen also schwerer als Sozialleistungen?

Schammann: Es wird niemand darauf verzichten, zu seiner Familie oder zu engen Freunden zu ziehen, nur um woanders ein bisschen höhere soziale Leistungen zu erhalten.

tagesschau.de: Die Bundesinnenministerin will gemeinsam mit europäischen Partnern die Migration nach Europa begrenzen. Kann das gelingen?

60 Schammann: Wenn Kriege und Krisen entstehen, sind Menschen gezwungen zu flüchten. Die Hauptbotschaft in der aktuellen Debatte sollte deshalb sein, dass eine hundertprozentige Steuerung von Migration nicht funktionieren kann. Diesen Mut, sich das einzugestehen, sollte man haben. In rechtspopulistischen Kreisen dreht sich vieles darum, am Beispiel der Migrationspolitik zu zeigen, dass die liberale Demokratie am Ende ist und der Staat scheitert. Wenn man jetzt verspricht, vollständig zu regulieren und zu steuern, dann wird das Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten sein.

tagesschau.de: Auch wenn, wie sie sagen, keine vollständige Steuerung möglich ist: Kann die Innenministerin mit ihren Plänen erreichen, dass weniger Flüchtlinge zu uns nach Deutschland kommen?

75 Schammann: Die Sicherung der EU-Außengrenzen kann kurzfristig dazu führen, dass weniger Flüchtlinge nach Europa kommen. Aber es wird in den nächsten Jahren einen weltweiten Anstieg an Menschen geben, die gezwungen sind, ihre Heimat aufgrund der Klimakrise zu verlassen. Da hilft es uns relativ wenig, wenn wir in Europa für einen Moment die Zahlen drücken. Wir brauchen internationale Lösungen, die über Europa hinausgehen. Wir müssen uns überlegen, wie man auch einen Teil der Migration legalisieren kann, um Menschen als Arbeitskräften Wege zu eröffnen. Das heißt, es geht doch sehr stark darum, Migration in die richtigen Kanäle zu lenken. Aber das wird Zeit brauchen.

Hannes Schammann, Politikwissenschaftler, im Interview mit tagesschau. In: Tagesschau vom 19.9.2023 (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migrationspolitik-102.html>) – Zugriff vom 13.9.2024.

AUFGABEN

1. Fassen sie die Position von Hans Schammann zusammen.
2. Beurteilen Sie zu zweit die Position mit Hilfe der Urteilsmaßstäbe „Effizienz“ und „Legitimität“.
►Methode S. 14
3. a) Erörtern Sie in Arbeitsgruppen, welche politischen und gesellschaftlichen Gruppen eine ähnliche Position vertreten wie Hans Schammann (vgl. S. 10 – 15).
b) Diskutieren Sie im Plenum, wie die Chancen stehen, diese Positionen politisch umzusetzen.



Asylpolitik im Konflikt – Die Debatte geht weiter

Die Entscheidung des Bundestages zum sogenannten Rückführungsverbesserungsgesetz im Januar 2024 hat den Konflikt um die Asylpolitik nicht final abgeschlossen. Kurz danach ist eine Debatte um Leistungen für Menschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, erstarkt. Auf dieser Seite beschäftigen Sie sich damit, wie die Auseinandersetzung um den politischen Umgang mit Flucht und Asyl seit der Verabschiedung des Gesetzes weiter verlaufen ist.

Der Streit um die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen und Geflüchtete

Ampel einigt sich auf Regeln für Bezahlkarte

1 Der Kompromiss steht: Die Regierungsparteien haben sich auf eine Gesetzesgrundlage geeinigt, um die Bezahlkarte für Asylbewerber und Geflüchtete rechtlich abzusichern. Vor allem die Bundesländer hatten in den
5 vergangenen Wochen Druck gemacht.

Die Ampel-Fraktionen haben sich nach wochenlangem Streit auf einen Entwurf für eine bundesweite Rechtsgrundlage zur Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete und Asylbewerber geeinigt. Damit werde „der
10 Wunsch der Länder umgesetzt“, teilten die Regierungsfractionen von SPD, Grünen und FDP in einer gemeinsamen Erklärung mit. (...)

Länder pöchten auf Rechtssicherheit

Der Grünen-Politiker Andreas Audretsch unterstrich,
15 Dinge wie Taschengeld für den Schulausflug, das Bus-ticket für den Weg zum Ausbildungsplatz oder Strom-oder Internetanschluss müssten bei der Einführung der Bezahlkarte garantiert werden. Dies sei nun gewährleistet. Die Grünen hatten immer wieder die Sorge geäu-
20 bert, dass eine drastische Bargeldbeschränkung dazu führen könnte, dass Flüchtlinge bei Kiosken oder im Se-
cond-Hand-Geschäft kaum bezahlen können. (...)

Bund und Länder hatten sich im November auf eine möglichst bundeseinheitliche Bezahlkarte für Flüchtlinge
25 geeinigt. 14 Bundesländer planen ein gemeinsames System. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern wollen eigene Bezahlkarten. Die Karte soll im Wesentlichen wie eine normale Geldkarte funktionieren, zugleich aber Überweisungen ins Ausland ausschließen und den Be-
30 zug von Bargeld beschränken. (...)

FDP-Fraktionsvize Köhler sagte, die Länder hätten nun die Möglichkeit, ihren Beitrag zu einer „neuen Migrati-
ons-Realpolitik zu leisten, indem sie einen der wesentli-
chen Pull-Faktoren für irreguläre Einwanderung aus-
35 schalten“.

Kritik von Anwälten und Pro Asyl

Bei Pro Asyl hält man dieses Argument für nicht stich-
haltig. Mit den Plänen der Ampel habe in der Flüchtlings-
politik „einmal mehr der Populismus über sachliche Ar-
40 gumente gesiegt“, erklärte die Organisation. „In der Praxis werden so vielerorts geflüchtete Menschen noch stärker ausgegrenzt und selbst in kleinsten Alltagsent-
scheidungen eingeschränkt werden.“ Von der Flucht vor Verfolgung oder Krieg würden sich Migranten „aber
45 auch von der Bezahlkarte nicht abhalten lassen“.

Kritik an der Bezahlkarte kam auch vom Deutschen An-

waltverein (DAV), der vor einer „Vielzahl von Praxisprob-
lemem“ sowie einem erheblichen Mehraufwand für Ver-
waltung und Justiz warnte.

50 Nur teilweise zufrieden zeigte sich der Deutsche Städte-
tag. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy sagte, es sei zwar gut, dass es nun eine Einigung gebe. Es fehle aber weiterhin „eine klare Regelung vom Bund, ob und wel-
che Obergrenze für Bargeldauszahlungen gelten soll“.
55 Dies müssten jetzt die Bundesländer festlegen, am bes-
ten möglichst einheitlich.

Ampel einigt sich auf Regeln für Bezahlkarte. In: Tagesschau vom 5.4.2024 (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bezahlkarte-fluechtlinge-einigung-100.html>) – Zugriff vom 25.9.2024.

Bundestag beschließt Bezahlkarte für Asylbe- werber

1 Die bundeseinheitliche Bezahlkarte für Asylbewerber und Geflüchtete kann kommen. Der Bundestag hat die gesetzliche Grundlage für die Einführung beschlossen, den Behörden bleibt aber ein Ermessensspielraum.

5 Der Bundestag hat den Weg zur Einführung einer Be-
zahlkarte für Geflüchtete und Asylbewerber freige-
macht. Diese sollen künftig einen Teil der staatlichen Leistungen zum Lebensunterhalt als Guthaben erhal-
ten und nicht mehr als Bargeld. Die gesetzliche Grund-
10 lage für die Bezahlkarten ist eine entsprechende Ände-
rung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Durch die Einführung des Bezahlkartensystems soll un-
ter anderem verhindert werden, dass Migranten Geld
an Schlepper oder Familie und Freunde im Ausland
15 überweisen. Das Parlament stimmte mit der überwie-
genden Zahl der Stimmen der Ampel-Fraktionen SPD,
Grüne und FDP dafür. Auch die AfD und die Gruppe
Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) stimmten zu. Da-
gegen stimmte die CDU/CSU und die Linke sowie eine
20 Abgeordnete der Grünen.

Bundestag beschließt Bezahlkarte für Asylbewerber. In: Tagesschau vom 12.4.2024 (<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundestag-bezahlkarte-asylbewerber-100.html>) – Zugriff vom 25.9.2024.

AUFGABEN

1. Formulieren Sie das politische Problem, von dem die dargestellte Auseinandersetzung ihren Ausgang nimmt.
2. Diskutieren Sie, inwieweit die Bezahlkarte eine Lösung des Problems sein könnte und überlegen Sie, woraus neue Probleme entstehen können.



Die politische Auseinandersetzung um den Klimaschutz: Welche Rolle spielen Gerichte?

Der politische Konflikt um den Klimaschutz ist auch durch das Eingreifen der Justiz in den Prozess der Auseinandersetzung geprägt – in Deutschland sowie auf europäischer Ebene. Welchen Einfluss haben Klagen und Gerichte im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zum Klimaschutz? Was bedeutet das für den demokratischen politischen Prozess?

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz, 29.4.2021

1 Am 29.4.2021 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) (...) einen neuen Maßstab für Klima- und Grundrechtsschutz gesetzt. Das BVerfG stellt fest, dass die heute unzureichende Klimaschutzpolitik Freiheits- und Grundrechte von morgen beeinträchtigt. Die verfassungsrechtlich
5 notwendige Reduktion von Treibhausgasen darf nicht länger in die Zukunft und damit einseitig zu Lasten junger Generationen hinausgezögert werden.

Das Bundesklimaschutzgesetz von 2019 wird damit in
10 weiten Teilen für verfassungswidrig erklärt und muss entsprechend nachgebessert werden. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, sich dabei an den Vorgaben der Wissenschaft zu orientieren und bis Ende 2022 einen schlüssigen Emissionsreduktionspfad mit dem Ziel der Treibhausgasneutralität vorzulegen. Dabei müssen die Freiheits- und Grundrechte der jungen und künftigen Generationen gewahrt und das CO₂-Budget entsprechend generationengerecht aufgeteilt werden.

In seinem Beschluss betont das BVerfG auch die internationale Verantwortung Deutschlands in der globalen Klimakrise und stellt zugleich fest, dass ein Staat sich seiner Verantwortung durch den Hinweis auf die Treibhausgasemissionen anderer Staaten nicht entziehen kann.

FAQs zur Verfassungsbeschwerde. In: Germanwatch (<https://www.germanwatch.org/de/verfassungsbeschwerde> – Zugriff vom 30.9.2024).

Urteil des Oberlandesgerichts Berlin-Brandenburg zum Klimaschutzprogramm, 16.5.2024

1 Bis 2030 will die Ampel die CO₂-Emissionen um 65 Prozent senken. Das aktuelle Klimaschutzprogramm ist zu schwach, um das zu erreichen. Berlin – so ein Urteil – muss nachbessern. Es ist ein weitreichendes Urteil, dass
5 das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am Donnerstag gefällt hat. Die Botschaft: Die Klimaschutzpolitik der Ampel-Regierung ist mangelhaft. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung nicht ausreichen, um das selbst
10 gesteckte Ziel von 65 Prozent CO₂-Reduktion bis 2030 zu erreichen.

Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung zu vage

Dabei ging es vor allem um das Klimaschutzprogramm
15 aus dem Jahr 2023 der Bundesregierung. Das Programm ist die Richtschnur für den Klimaschutz: Es legt fest, wie die CO₂-Reduktion bis 2030 erreicht werden soll. Welche Maßnahmen die Regierung wählt, steht ihr frei.

Das bekräftigte auch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Ein Plan, wie der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden soll, kann genauso dazu gehören wie ein Tempolimit.

(...) Die Vorsitzende Richterin Ariane Holle kritisierte aber, dass das Klimaschutzprogramm der Ampel-Koalition auf unrealistischen Annahmen beruhe. Aus dem
20 Programm müsse klar hervorgehen, dass die maximal zulässigen Jahresemissionsmengen durch die geplanten Maßnahmen tatsächlich eingehalten werden können. Die Bundesregierung ist jetzt verpflichtet, ein neues Klimaschutzprogramm mit effektiveren Maßnahmen zu beschließen, um das selbst gesteckte Klimaziel bis 2030 zu erreichen.

Ann-Kathrin Jeske: Regierung zu mehr Klimaschutz verurteilt. In: ZDF vom 16.5.2024 (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/oberverwaltungsgericht-urteil-klimaschutz-bundesregierung-100.html> – Zugriff vom 30.9.2024).

Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), 9.4.2024

1 Mit dem EGMR-Urteil zugunsten der Aktivistinnen aus der Schweiz ist klar: Klimaschutz ist eine Menschenrechtsfrage und kann vor Gericht eingeklagt werden. Allerdings müssen Kläger auf bestimmte Weise vorgehen.

5 Es sind drei Klagen, über die heute in Straßburg entschieden wurde. Eine ist vom Verein der Schweizer Klimaseniorinnen – 2.000 Schweizerinnen, die darauf hinweisen, dass der Klimawandel besonders ältere Frauen belastet. Außerdem hatten Jugendliche und junge Erwachsene aus Portugal sowie ein Oberbürgermeister einer französischen Gemeinde am Atlantik geklagt. Sie alle argumentierten ähnlich: Ihre Rechte aus der Europäischen Menschenrechtskonvention werden verletzt, wenn die Staaten nicht mehr gegen den Klimawandel
10 tun. Bei Waldbränden und Überschwemmungen seien allein in ihren Heimatländern schon viele hundert Menschen ums Leben gekommen. Das Spektakuläre an der Klage der Portugiesen: Sie hatten 32 Staaten in Europa verklagt – direkt in Straßburg, ohne vorher in ihrem eigenen Land den Rechtsweg zu beschreiten, wie das sonst
15 üblich ist.

Ihre Klage hatte aber keinen Erfolg. Der Gerichtshof sagt, dass die Jugendlichen nicht beliebig viele Staaten verklagen können, die über ihr Leben in Portugal keine Herrschaftsgewalt hätten. Das wäre eine zu weitgehende Haftung von Staaten für die Folgen des Klimawandels in anderen Ländern. Und in Portugal selbst hätten die Jugendlichen sich erst an die Gerichte wenden müssen.



Als großer Erfolg muss hingegen die Klage der Schweizer Klimaseniorinnen gegen die aus ihrer Sicht mangelhafte Schweizer Klimapolitik betrachtet werden. „Das ist der beste Tag, das wird Geschichte schreiben“, sagte die Klimaseniorin Ruth Saxon nach der Urteilsverkündung. Und in der Tat hat Straßburg sehr weitgehend geurteilt: Es gebe, so der Gerichtshof, ein Recht aus der Menschenrechtskonvention, wonach Vereine im Namen von vom Klimawandel Betroffenen einen besseren Klimaschutz einklagen können. Ein großer Erfolg sei das, meint der Jura-Professor Gerd Winter. Er hatte in dem Verfahren verschiedene Umweltverbände als Verfahrensbeteiligte vertreten. Das Gericht habe bei der Schweizer Klage erstmals die Verbandsklage zugelassen, betont Winter (...). Vereine, die im Namen des Klimaschutzes klagen, müssten aber bestimmte Voraussetzungen erfüllen, erklärt er. „Das Erste ist: Das Ziel des Verbandes muss der Klimaschutz sein. Das Zweite ist: Der Verband muss schon seit einiger Zeit bestehen. Und das Dritte ist: Er muss so aufgebaut sein, dass er seine Mitglieder auch wirklich repräsentieren kann.“

Max Bauer: Klimaschutz – ein Menschenrecht. In: Tagesschau vom 9.4.2024 (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/egmr-klimaklage-102.html>) – Zugriff vom 30.9.2024).

AUFGABEN

1. Fassen Sie zusammen, was die einzelnen Gerichte an der Klimapolitik der Bundesregierung kritisieren.
2. Diskutieren Sie, welche Folgen es haben kann, wenn Klimaschutz im Sinne des Europäischen Gerichts für Menschenrechte als Menschenrecht gilt.
3. Reflektieren Sie, inwiefern Klimaklagen Einfluss auf Klimapolitik und den politischen Prozess nehmen können.
4. Diskutieren Sie im Kurs, inwieweit politische Handlungsfähigkeit in der Klimapolitik durch Gerichte eingeschränkt wird und wie sich das rechtfertigen lässt.



Tipps und Lösungen

Seite 14, Aufgaben 1 – 3

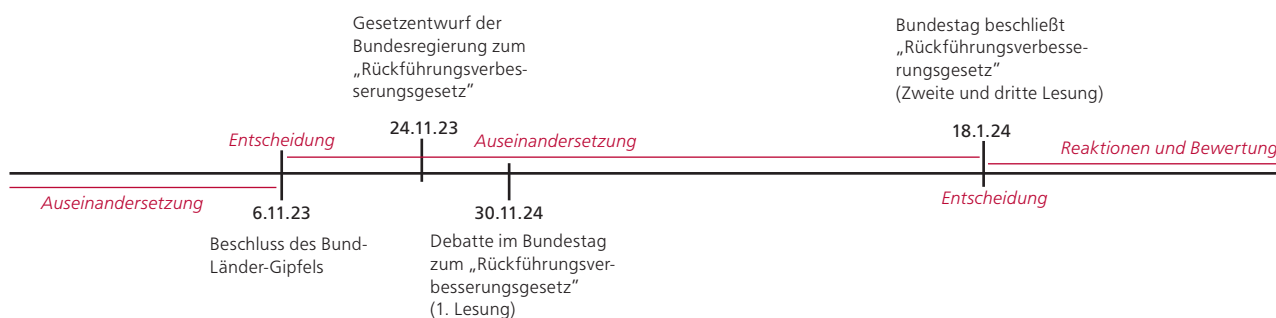
Aufgabe 1

- Beim Bund-Länder-Gipfel vom 6.11.2023 haben die Bundesregierung und die Regierungschef*innen der Länder das gemeinsame Ziel formuliert, dass weniger geflüchtete Menschen nach Deutschland kommen.
- Mit dem sogenannten Rückführungsverbesserungsgesetz hat der Bundestag vor allem Maßnahmen beschlossen, die den deutschen Behörden Abschiebungen und den Freiheitsentzug für Menschen ohne Bleiberecht erleichtern sollen.
- So werden die Möglichkeiten zu Ausreisegewahrsam und Abschiebungshaft erweitert. Die maximale Dauer des Ausreisegewahrsams wird deutlich erhöht. Abschiebungshaft soll künftig während eines laufenden Asylverfahrens möglich sein.
- Das beschlossene Gesetz greift außerdem den Beschluss des Bund-Länder-Gipfels auf, dass Asylsuchende während ihres Verfahrens zukünftig doppelt so lange die niedrigeren Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten wie bisher, bevor sie reguläre Sozialhilfe bekommen (36 statt bisher 18 Monate lang).

Aufgabe 2

- Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf vorgelegt.
- Im Bundestag wurde der Entwurf beraten.
Das heißt, die Abgeordneten der Parteien haben den Entwurf debattiert und schließlich darüber abgestimmt. In den Ausschüssen des Bundestages wurden auch Expert*innen zu dem Thema und Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden gehört.
- Auch der Bundestag, also die Landesregierungen, haben dem Beschluss zugestimmt.
- Schließlich haben Bundesregierung und Bundespräsident durch Unterzeichnung den Gesetzgebungsprozess abgeschlossen.

Aufgabe 3





Seite 16, Aufgabe 1

- 1 **19.12.2019:** Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG), das nationale Klimaschutzziele festlegt. *Entscheidung*
- 2 **29.4.2021:** Das Bundesverfassungsgericht erklärt in seinem „Klimabeschluss“ Bestimmungen des Klimaschutzgesetzes mit den Grundrechten für unvereinbar, da die festgelegten CO₂-Reduktionen nicht ausreichen. *Reaktion/Bewertung*
- 3 **24.6.2021:** Der Deutsche Bundestag beschließt die erste Änderung des Klimaschutzgesetzes. Mit dem neuen Gesetz werden die nationalen Klimaziele verschärft. *Entscheidung*
- 4 **15.3.2022:** Das Umweltbundesamt legt den Emissionsbericht für das Jahr 2021 vor. Deutschland hat das Jahresziel zur Reduktion von CO₂-Emissionen verfehlt.
15.3.2023: Laut Bericht des Umweltbundesamts hat Deutschland 2022 das Klimaziel insgesamt knapp erreicht. Die Sektoren Verkehr und Gebäude haben ihre Ziele jedoch verfehlt. *Neues Problem*
- 5 **11.9.2023:** Die Bundesregierung legt einen Gesetzentwurf zur Reformierung des Klimaschutzgesetzes vor (zweite Änderung). Der Entwurf sieht die Abschaffung der CO₂-Einsparungsziele für einzelne Wirtschaftssektoren vor.
4.10.2023: Die Bundesregierung beschließt ein neues Klimaschutzprogramm mit Maßnahmen zur CO₂-Reduktion. *Entscheidung*
- 6 **23.11.2023:** Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verurteilt die Bundesregierung zur Umsetzung von Sofortprogrammen für einzelne Wirtschaftsbereiche, die ihre sektorspezifischen CO₂-Einsparungsziele verfehlen. *Reaktion/Bewertung*
- 7 **26.4.2024:** Der Bundestag beschließt die zweite Änderung des Klimaschutzgesetzes und schafft die gesetzliche Verpflichtung ab, bei Zielverfehlung in einzelnen Wirtschaftssektoren mit Sofortprogrammen zu reagieren. *Entscheidung*



Seite 22, Talkshow:

Erwartungshorizont

Inhaltliche Erwartungen

- Die Schüler*innen sind in der Lage, die zentralen Akteur*innen der Kontroverse und ihre Positionen herauszuarbeiten und diese nachvollziehbar zu artikulieren.
- Die Schüler*innen sind in der Lage, fremde Rollen zu übernehmen und deren Position klar zu formulieren.
- Die Schüler*innen können die Position ihrer Rolle auch öffentlich aussprechen und begründen.
- Die Schüler*innen nutzen dabei Fachsprache, d. h. sie verwenden die konstituierenden Fachbegriffe sachgerecht.
- Die Schüler*innen erkennen die Konflikthaftigkeit politischer Strukturen und Abläufe, d. h. sie sind in der Lage, Konsens und Dissens festzustellen und zu formulieren.
- Die Schüler*innen sind in der Lage, ihre Argumente sachgerecht darzustellen, d. h. kontext- und situationsbezogen zu erläutern und ggf. empirisch zu belegen oder nachzuweisen.
- Die Schüler*innen können die eigene Meinung, Position, Einstellung und Wertorientierung begründen, mit dem Ziel, andere zu überzeugen.
- Die Schüler*innen sind in der Lage, einen Zusammenhang zu anderen Themen herzustellen und politische Positionen auf ihre Konsequenzen und ihre Folgen für die Demokratie hin zu befragen.

Methodische Erwartungen

- Die Schüler*innen können „fremde“ Rollen glaubwürdig einnehmen.
- Auch wenn die Talkshow nicht die Erwartung mit sich bringt, eine gemeinsame Problemlösung zu finden, oder zu einer Entscheidung zu gelangen, so ist dennoch Konfliktfähigkeit und die prinzipielle Anerkennung gegensätzlicher Positionen gefordert.